

Was will ver.di?

TARIF- UND BESOLDUNGRUNDE BUND + KOMMUNEN 2025 – Jetzt kommt der Stärketest

Die Basis

Ein Gesamtvolumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr Gehalt im Monat, aber auch höhere Zuschläge bei besonders belastenden Tätigkeiten. Als Ausgleich für die Arbeitsbelastungen fordern die Gewerkschaften drei freie Tage mehr plus einen freien zusätzlichen Tag nur für Gewerkschaftsmitglieder.

Zuschläge

Zu den Zuschlägen, die erhöht werden sollen, zählen etwa die für ständige Wechselschicht- und Schichtarbeit, aber auch für Bereitschaftszeiten oder die Arbeit nachts, an Sonn-, Feiertag- sowie Samstagen. Auch die Überstundenzuschläge sollen erhöht werden. Damit mehr Kolleg*innen von den Überstundenzuschlägen profitieren, soll der Ausgleichszeitraum von derzeit zwölf auf einen Monat verkürzt werden. Und auch Teilzeitkräfte sollen in den Genuss von Überstundenzuschlägen kommen, wenn sie über ihre individuell vereinbarte Arbeitszeit hinaus arbeiten. Derzeit gilt der Anspruch nur für Vollzeitkräfte.

Das „Meine-Zeit-Konto“

Die Beschäftigten können frei entscheiden, ob und was sie auf dieses Konto einzahlen wollen. Gedacht ist es für die erzielte Entgelterhöhung oder weitere Vergütungsbestandteile wie Überstunden inklusive Zu-

schlägen. Auch was mit dem Guthaben auf dem Konto geschehen soll, liegt in der Entscheidung der einzelnen Beschäftigten. Genutzt werden kann es etwa, um die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren, zusätzliche freie Tage zu bekommen oder auch längere Freistellungsphasen. Damit wollen die Gewerkschaften für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität sorgen.

Azubis, Praktikant*innen, Dual Studierende

Neben der Forderung nach 200 Euro mehr im Monat erwartet ver.di, dass die Übernahmeregelung für Azubis verbessert wird. Sie sollen einen Anspruch auf eine unbefristete Übernahme möglichst im erlernten Beruf bekommen und in die Erfahrungsstufe 2 eingruppiert werden.

Altersteilzeit

Ein Tarifvertrag zur Altersteilzeit soll neu abgeschlossen werden. Er soll bevorzugt für diejenigen zugänglich sein, die unter besonders hohen Belastungen arbeiten.

Bezahlte Pause

Was anderswo längst üblich ist, gilt immer noch nicht für die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. ver.di will durchsetzen, dass auch ihnen eine Bezahlung für die Pausenzeit zusteht, wenn sie in Wechselschicht arbeiten.

Beamt*innen

Die Ergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf Beamt*innen, aber auch auf Richter*innen, Soldat*innen und Versorgungsempfänger*innen übertragen werden. ver.di erwartet zudem, dass die Arbeitszeit von Beamt*innen an das Tarifniveau angepasst wird. Derzeit arbeiten etwa die Beamt*innen des Bundes noch 41 Stunden pro Woche.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Verhandlungen sollen am 24. Januar 2025 beginnen. Bis dahin will ver.di bei einem sogenannten Stärketest schauen, wie viele Beschäftigte bereit sind, für die Forderungen zu kämpfen. Denn je stärker der Rückhalt bei den Beschäftigten ist, desto mehr können die Gewerkschaften für sie durchsetzen. **zusammen-geht-mehr.verdi.de/staerketest**

Mitmachen!

Gesucht werden wieder Tarifbotschafter*innen. Sie bekommen exklusive Informationen aus den Tarifverhandlungen zuerst und geben diese dann an ihre Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Dienststellen weiter. Um möglichst viele Beschäftigte für Aktionen und das Mitmachen in der Tarifrunde zu gewinnen, bietet ver.di ab Ende Oktober Interessierten Online-Schulungen an.

zusammen-geht-mehr.verdi.de

ST A T E M E N T

Wenn wir wollen, dann können wir

„Jetzt bin ich mal gespannt auf die Reaktion der öffentlichen Arbeitgeber. Ich finde, wir haben ein Paket beschlossen, das ambitioniert ist. Wir sind immer ambitioniert unterwegs. Aber es kann sich auch sehen lassen. Wir sagen: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen in der Einkommensentwicklung nicht hinterherhinken, wir wollen mit an der Spitze sein. Deshalb acht Prozent, das passt auch in die Zeit. Ich befürchte, die Reaktion der öffentlichen Arbeitgeber wird trotzdem negativ sein, erste Anzeichen gibt es dahin schon. Dann stellen wir uns den Verhandlungen. Die Verhandlungen beginnen im Januar, weitere Verhandlungstermine sind für Anfang des Jahres vereinbart. Die öffentlichen Arbeitgeber sollten wissen, spätestens seit der Verhandlungsrunde 2023: Wenn wir wollen, dann können wir, und das gilt natürlich auch im Jahr 2025.“

Als Arbeitgeber disqualifiziert

KYNDRYL – Unternehmen kündigt sämtliche Tarifverträge in Deutschland zum Jahresende

(pm) Der globale IT-Infrastruktur-Dienstleister Kyndryl hat Ende September sämtliche Tarifverträge mit Wirkung zum Jahresende gekündigt. „Damit hat der Kyndryl-Konzern endgültig die Masken fallen lassen. Er tritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz-Dethlefsen zu dieser Aufkündigung der Tarifpartnerschaft. In einer Branche, die sich durch einen extremen Fachkräftebedarf auszeichne, habe sich Kyndryl damit als Arbeitgeber disqualifiziert.

„Kyndryl straft damit seine Eigenwerbung Lügen, im Unternehmen stünden die Beschäftigten stets im Mittelpunkt“, so Schmitz-Dethlefsen weiter. Er forderte Kyndryl auf, in die Sozialpartnerschaft zurückzukehren. ver.di stünde für Gespräche weiterhin zur Verfügung. Betroffen von der Kündigung sind alle tarifgebundenen Konzerngesellschaften in Deutschland: die Kyndryl Deutschland GmbH, die Kyndryl Aviation Industrie Services GmbH, die Kyndryl Deutschland Business & Technology Services GmbH.

Kyndryl ist ein global agierendes, börsennotiertes Unternehmen, das sich auf IT-Infrastruktur-Dienstleistungen spezialisiert hat. Weltweit hat der Konzern mit Hauptsitz in den USA knapp 90 000 Beschäftigte, in Deutschland sind es rund 700 Beschäftigte.

Bereits in der Tarifrunde 2024 habe der Arbeitgeber den Beschäftigten eine Sicherung ihrer Reallohne verweigert. „Mit der Kündigung der Tarifverträge setzt Kyndryl nun diesen beschäftigtenfeindlichen Kurs fort“, sagte Schmitz-Dethlefsen.



Foto: Kay Herschelmann

FRANK WERNEKE IST DER VORSITZENDE VON VER.DI